

Große Anfrage

der Abgeordneten Gerstein, Müller (Remscheid), Lenzer, Dr. George, Dr. Probst, Pfeifer, Franke, Dr. Blüm, Hasinger, Benz, Engelsberger, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU

Menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen

Die Fraktion der CDU/CSU tritt seit Anbeginn ihrer Regierungsverantwortung für die ständige Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein. Sie hat dies durch zahlreiche, in ihrer Regierungszeit verabschiedete Gesetze und Verordnungen unter Beweis gestellt. Sie unterstützt alle Bestrebungen, vermeidbare Belastungen und Arbeiterschwernisse abzubauen, um die Sicherheit und die äußeren Bedingungen am Arbeitsplatz zu verbessern. Dies ist ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Wesentliche Anstöße sind von dem Kongreß „Humanität im Arbeitsleben“ ausgegangen, den die CDU und die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft 1974 in Leverkusen durchgeführt haben.

Naturwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Erkenntnisse und die verbesserte materielle Versorgung ermöglichen es zunehmend, die Organisation des Arbeitsprozesses und das soziale Umfeld des Arbeitsplatzes den Bedürfnissen des Menschen verstärkt anzupassen. Nicht nur das physische und psychische Wohlbefinden des einzelnen Arbeitnehmers, sondern auch die Produktivität der menschlichen Arbeit hängen entscheidend von diesen Faktoren ab. Dabei reicht es nicht aus, nur die Probleme des engeren Arbeitsplatzes zu sehen. Eine integrierte Problemsicht muß die gesamte Arbeits- und Lebenssituation des Menschen und ihre Wechselwirkungen beachten. Viele Probleme der Familie haben ihre Ursache darin, daß die Bedingungen der Arbeitswelt sich ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse und die Belastbarkeit der Familie entwickelt haben. Eine integrierte und problemorientierte Programmforschung „Humanisierung des Arbeitslebens“ („HdA“) sollte Vorschläge erarbeiten, wie diese Probleme schrittweise und konkret beseitigt werden können.

Ein wachsender Teil des Förderprogramms „HdA“ der Bundesregierung wird den Zielen des Programms und den damit verknüpften Erwartungen nicht gerecht. Der wissenschaftliche Wert vieler Arbeiten im Rahmen des Programms gerät zunehmend in Zweifel. Die Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis ist mangelhaft oder gelingt gar nicht. Die sozialwissenschaftliche Begleitforschung ist oft wirklichkeitsfremd und zu wenig projektbezogen; sie wird zunehmend ideologisiert und vielfach zum Selbstzweck. Die Forschung innerhalb des Programms „HdA“, das ehemals dazu konzipiert war, die Arbeitsplatzqualität zu verbessern, treibt immer mehr in Richtung soziologischer Grundlagenforschung mit systemverändernden Zielen ab. Unternehmer, Gewerkschafter und Fachwissenschaftler kritisieren gleichermaßen diese Form der „Wissenschaftlichen Forschung“ und die mangelnde Wirkung des Programms für den Menschen am Arbeitsplatz und seine unmittelbaren Arbeitsbedingungen.

Für eine menschengerechte Arbeitsplatzgestaltung und die Verbesserung der Arbeitsumwelt wird von den Unternehmern seit Jahren bereits viel getan; aber darüber hinaus kann mit Hilfe sachgerechter Forschung und Entwicklung noch viel geschehen. Durch ein wirksames, gut organisiertes Förderprogramm kann, selbst mit dem Einsatz von begrenzten finanziellen Mitteln, noch viel für den arbeitenden Menschen erreicht werden. Ein solches Programm muß dazu vor allem die technischen Voraussetzungen, die Sicherheit und die Umweltbedingungen des Arbeitsplatzes sowie die Organisation von Arbeitsabläufen untersuchen und kennen, um weitere Verbesserungen zu erreichen. Wirtschaftliche Realisierbarkeit und Praktikabilität sind als Orientierungspunkte für Forschungsvorhaben zu berücksichtigen. Einen weiteren Schwerpunkt sollten Fragen des menschlichen Verhaltens im betrieblichen Leben bilden, da gerade die Lösung dieser Fragen entscheidend zu einer humaneren Gestaltung der Arbeitswelt beitragen kann.

Eine ideologische Befrachtung der Forschung ist auszuschließen. Durch eine klare Organisation müssen hemmender Bürokratismus abgebaut und ineffiziente Projektträger vermieden werden. Die Zuständigkeiten von Fachausschüssen und Gutachterkreisen sind klar festzulegen; die Zahl der Berater auf das Notwendige zu begrenzen.

Die CDU/CSU wendet sich nachdrücklich gegen die Verwendung von Steuermitteln für Forschungsvorhaben von zweifelhaftem Wert im nichttechnischen Bereich, die oft zur Selbstbedienung von Soziologen mit zweifelhafter wissenschaftlicher Qualifikation dienen und deren Ergebnisse für den Menschen am Arbeitsplatz keinen praktischen Nutzen bringen. Die CDU/CSU unterstützt das Ziel, allgemeine Erkenntnisse zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Wirtschaft zu gewinnen, wenn es auch sehr schwierig sein dürfte, auf diesem komplexen Gebiet überhaupt zu allgemein gültigen Erkenntnissen zu gelangen. In Verfolg dieses Ziels waren mit dem Programm „HdA“ im technischen Bereich durchaus Anfangserfolge zu verzeichnen, z. B.

im Bergbau und beim Lärmschutz. Mit der Übernahme des Programms „HdA“ durch Professor Pöhler änderte sich aber die Zielsetzung; die Erfolge blieben aus.

Ziel eines Förderprogramms zur menschengerechten Gestaltung der Arbeitsbedingungen muß die weitere Verbesserung des Arbeitsplatzes und der Arbeitsumwelt des einzelnen sein und bleiben. Die gewonnenen Erkenntnisse, und die daraus entwickelten Maßnahmen sollen einer möglichst großen Anzahl arbeitender Menschen zugutekommen. Das ist der Bundesregierung mit ihrem Programm „HdA“ in weiten Bereichen nicht einmal im Ansatz gelungen. Die mit dem Programm verbundenen Chancen konnten nicht genutzt werden. Es ist deshalb im Interesse der arbeitenden Menschen dringend erforderlich, eine Neuorientierung der Förderung von Forschung auf dem Gebiet der menschengerechten Gestaltung der Arbeitsbedingungen unverzüglich in Angriff zu nehmen, um die zahlreich eingetretenen Fehlentwicklungen umzukehren und die erfolgversprechenden Ansätze weiterzuentwickeln.

Wir fragen die Bundesregierung:

Einsatz der Haushaltsmittel und Zuwendungsempfänger

1. Welche Mittel wurden seit 1974 – aufgeschlüsselt nach Jahren – bisher für den Bereich „HdA“ insgesamt ausgegeben, wie verteilen sich diese auf den BMFT, den BMA und auf andere Institutionen?
2. Welche Mittel sollen bis 1983 für den Bereich „HdA“ vom BMFT, BMA und anderen Institutionen jährlich bereitgestellt werden?
3. Wie verteilen sich die Fördermittel des Programms „HdA“ – aufgeschlüsselt nach Jahren – auf technologische Vorhaben einerseits und auf sozialwissenschaftliche Begleitforschung andererseits, und wie hoch war die Eigenbeteiligung bei den technologischen Vorhaben und bei der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung?
4. Welchen Anteil am Programm „HdA“ haben Vorhaben, die mit einer sozialwissenschaftlichen Begleitforschung durchgeführt wurden, und welche Mittel wurden für diese Begleitforschung in bezug auf die Gesamtmittel aufgewendet – aufgeschlüsselt nach Jahren – seit 1974?
5. Welche Wissenschaftler und wissenschaftlichen Institutionen haben seit Bestehen des Programms „HdA“ Fördermittel erhalten – aufgeschlüsselt nach Jahren und Disziplinen – und welche rechnet die Bundesregierung den Arbeitswissenschaften im engeren Sinn, welche den sozialwissenschaftlichen Bereichen zu?
6. In welchem Verhältnis stehen die aus dem Programm „HdA“ für die einzelnen sozialwissenschaftlichen, soziologischen Institute zur Verfügung gestellten Mittel zum

jeweiligen Jahresetat dieser Institute – aufgeschlüsselt für die Jahre 1977, 1978 und 1979?

7. Welchen Anteil am gesamten Forschungsaufwand des Programms „HdA“ nimmt die nachfrageorientierte und welchen die programmorientierte Forschung ein?

Probleme mit der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung

8. Wie beurteilt die Bundesregierung sozialwissenschaftliche Entwicklungen, in denen Betriebe als politische Systeme verstanden werden und betriebliche Entscheidungen durch Demokratisierung legitimiert werden sollen?
9. Welchen Einfluß hat nach Auffassung der Bundesregierung die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Fachsprache und die damit verbundene Abkapselung auf die Übernahme und Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis, und welche anderen Belastungen der Begleitforschung erkennt die Bundesregierung durch den fehlenden Bezug der Sozialwissenschaften zur betrieblichen Praxis?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung die wachsende Zurückhaltung der Unternehmen, sich am Programm „HdA“ zu beteiligen, und welche Ursachen sind nach ihrer Auffassung dafür verantwortlich?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Betriebs- und Personalräte es ablehnen, mit Repräsentanten der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung zusammenzuarbeiten, und welche Konsequenzen hat die Bundesregierung daraus gezogen, insbesondere im Hinblick auf die sozialwissenschaftliche Begleitforschung?

Innerbetriebliche Probleme

12. Wie beurteilt die Bundesregierung Überlegungen, in Zukunft Arbeitnehmer direkt an Forschungsvorhaben zu beteiligen, und zwar über die Betriebs- und Personalräte als legitime Vertreter der Arbeitnehmerinteressen hinaus?
13. Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Erfüllung der Forderung, vor Projektbeginn die Zustimmung des Betriebs- oder Personalrats einzuholen, durch Betriebsverfassungsgesetz oder das Personalvertretungsgesetz geboten?

Aufbau neuer Forschungskapazitäten für den Bereich „Humanisierung des Arbeitslebens“

14. Beabsichtigt die Bundesregierung, wie Professor Pöhler fordert, für die Konzeption, Entwicklung und Fortschreibung des Programms „HdA“ einen eigenen wissenschaftlichen Unterbau zu schaffen, z. B. in Form eines Instituts „Technik und Arbeit“ oder einer ähnlichen Einrichtung?
15. Welches Konzept liegt dem Aufbau eines Instituts bzw. „Bundeszentrums“ zur Humanisierung des Arbeitslebens

zugrunde, für das aus dem Einzelplan des BMA 109 Mio DM zur Verfügung gestellt worden sind, und wie beurteilt die Fachwelt die Notwendigkeit eines solchen Instituts?

16. Wie hat die Bundesregierung Aufgabenstellung und Organisationsform für eine solche Einrichtung definiert, und wie beabsichtigt sie, die erforderliche Aufsicht sicherzustellen und eine Erfolgskontrolle durchzuführen, damit die Ergebnisse den arbeitenden Menschen auch wirklich zugute kommen?
17. Wird das Landesinstitut für Sozialforschung in Dortmund mit Mitteln aus dem Programm „HdA“ unterstützt; für welche Forschungsvorhaben werden diese Mittel gewährt, und wie hoch sind die bereitgestellten Mittel?
18. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund auf dem Gebiet der Humanisierung des Arbeitslebens über den bisherigen, im wesentlichen vom BMA gestellten Rahmen hinaus Forschung zu betreiben?

Forschungsbürokratie und Projektträger

19. Wie hoch sind seit 1974 – aufgeschlüsselt nach Jahren – die Verwaltungskosten für Planung, Koordination, Abwicklung, Kontrolle usw. für das Programm „HdA“ in absoluten Zahlen und bezogen auf das Mittelvolumen des Gesamtprogramms?
20. Wie ist – aufgeschlüsselt nach Jahren – die Personalentwicklung des Projektträgers „HdA“ seit seiner Gründung in absoluten Zahlen und in bezug auf die jährliche Anzahl der geförderten Vorhaben und die Höhe der jeweiligen Zuwendungen?
21. In welchem Verhältnis steht die Personalkapazität des Projektträgers „HdA“ zu anderen vom BMFT vergebenen Projektträgerschaften, z. B. in der nichtnuklearen Energieforschung, der Biotechnologie, den physikalischen Technologien, der Prozeßlenkung mit DV-Anlagen (PDV) in bezug auf die Anzahl der geförderten Vorhaben und die Höhe der jährlichen Zuwendungen?
22. Hält die Bundesregierung trotz der zahlreichen andauernden Schwierigkeiten, die eine solide, sachgerechte Arbeit beeinträchtigen, die organisatorische Eingliederung des Projektträgers „HdA“ in eine ingenieurwissenschaftliche Großforschungseinrichtung, wie die DFVLR, für zweckmäßig, und falls ja, weshalb wird dem Projektträger dann eine rechtlich problematische Sonderstellung eingeräumt, die die Verantwortung und Handlungsfreiheit der satzungsgemäßen Organe der DFVLR in unüblicher Weise einschränkt?
23. Trifft es zu, daß zwischen dem BMFT und dem Projektträger „HdA“ bzw. seinem Leiter Sonderverträge, -regelungen, -absprachen bestehen, die Professor Pöhler

unter Umgehung des Vorstandes der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. (DFVLR) fast völlige Unabhängigkeit und Vollmachten einräumen, wie es sie in sonst keiner anderen Großforschungseinrichtung gibt?

24. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die organisatorischen und fachlichen Mißstände, die Führungs- und Koordinationsschwächen beim Projektträger „HdA“ im Interesse einer soliden, reibungslosen und sachgerechten Abwicklung der Vorhaben endlich zu beheben, welchen Einfluß wird sie auf die Personalpolitik des Projektträgers „HdA“ nehmen, damit durch ein wieder verbessertes Arbeitsklima die unerträglich großen internen Reibungsverluste und die hohe Anzahl der Arbeitsgerichtsprozesse vermindert werden und damit die unbedingt erforderliche Vertraulichkeit bei der Zusammenarbeit mit den Antragstellern wiederhergestellt wird?
25. Wie ist das Gehaltsniveau der Mitarbeiter des Projektträgers „HdA“ im Vergleich zu anderen Projektträgern; trifft es zu, daß Professor Pöhler ohne Einvernehmen mit dem Vorstand der DFVLR über Gehaltsfestlegungen und Einstellung freier Mitarbeiter entscheiden kann?

Umsetzung der Ergebnisse, Erfolgskontrolle

26. Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine wirtschaftliche Entwicklung, die durch das Programm „HdA“ beeinflußt worden ist, wenn ja, welche?
27. Wie viele Vorhaben wurden bisher im Bereich „HdA“ abgeschlossen, und in welcher Weise wurden die Ergebnisse der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten von Dritten genutzt, in welchem Maße konnten hierbei sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse berücksichtigt werden, und welche konkreten, für die Praxis verwendbaren Nutzungen, sind aus ihnen gezogen worden?
28. Ziel der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Programm „HdA“ sollte es sein (Sozialbericht 1976, S. 18), Geräte, Werkzeuge, Maschinen unter Einschluß der Arbeitssicherheit an den arbeitenden Menschen anzupassen und negative Umgebungseinflüsse am Arbeitsplatz (z. B. gefährliche Arbeitsstoffe, Lärm, Erschütterungen, Hitze, Kälte) zu beseitigen. Hat es aufgrund gewonnener Erkenntnisse aus dem Programm „HdA“ schon Empfehlungen oder Änderungen von Vorschriften oder Normen gegeben? Wenn ja, welche?
29. Ziel des Programms „HdA“ sollte es weiter sein, konkrete Ergebnisse zur Beseitigung psychischer und physischer Über- und Unterforderungen durch die Arbeit vorzulegen und Vorschläge zur Reform der Arbeitsorganisation zu machen, damit die Arbeitnehmer größere Möglichkeiten zur Mitverantwortung und Mitgestaltung haben.

Welche beispielhaften Vorschläge und Modelle für die Arbeitsorganisation und die Gestaltung von Arbeitsplätzen (Sozialbericht 1978, S. 43) wurden erarbeitet?

30. Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung eine Dokumentation der Forschungsergebnisse sicherzustellen, damit diese allen – insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen – zugänglich ist und aktuelle Ergebnisse schnell verfügbar macht?
31. Auf welchen Forschungsergebnissen basieren die „Arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse – Handlungsanleitung für die Praxis“, welche die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund veröffentlichen wird, und für welche Arbeitsfelder sollen solche Informationsblätter herausgegeben werden?
32. Welche Maßnahmen und Schritte wird die Bundesregierung veranlassen, um kleine und mittlere Unternehmen (vor allem Handel, Handwerk und Gewerbe) in das Förderungsprogramm einzubeziehen, um damit eine einseitige Bevorzugung der Großindustrie zu vermeiden?

Bonn, den 18. Januar 1980

Gerstein
Müller (Remscheid)
Lenzer
Dr. George
Dr. Probst
Pieifer
Franke
Dr. Blüm
Hasinger
Benz
Engelsberger
Dr. Hubrig
Dr. Riesenhuber
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim
Dr. Laufs
Pieffermann
Dr. Stavenhagen
Frau Dr. Walz
Breidbach
Löher
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

